

Flüchtlinge solidarisch aufnehmen

Die aktuelle Fluchtbewegung

Seit jeher sind Menschen auf der Flucht. Sie verlassen ihre Heimat aufgrund von Krieg oder Verfolgung und auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Auch Deutsche waren oft genug Flüchtlinge. Nach dem von Nazi-Deutschland ausgehenden Krieg und Terror mit Millionen Toten und Flüchtlingen hat die Bundesrepublik in ihrem Grundgesetz ein Grundrecht auf Asyl verankert. Zudem hat Deutschland sich durch die UN-Flüchtlingskonvention verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen.

In den letzten Jahren gab und gibt es viele gewaltsame und kriegerische Konflikte. Insbesondere der Bürgerkrieg in Syrien hat in der jüngsten Vergangenheit zu einem enormen Zuwachs von Flüchtlingen nach Europa und besonders nach Deutschland geführt. Etwa die Hälfte der Bevölkerung Syriens ist zurzeit auf der Flucht. Davon sind rund zwei Drittel Binnenflüchtlinge, aber fast vier Millionen Menschen suchen auch

Inhaltsübersicht

<u>Die aktuelle Fluchtbewegung</u>	<u>1</u>
<u>Nur Kosten – oder lohnende Investition?</u>	<u>4</u>
<u>Überforderte Kommunen</u>	<u>5</u>
<u>Mindestlohn ohne Wenn und Aber</u>	<u>7</u>
<u>Integration ist machbar...</u>	<u>8</u>
<u>... aber nicht zum Nulltarif</u>	<u>9</u>

außerhalb Syriens Zuflucht, vor allem in den direkten Nachbarländern.

Diese hohe Belastung der Nachbarländer führt zusammen mit der unzureichenden Finanzierung durch die internationale Gemeinschaft zu katastrophalen Zuständen in den Aufnahmelagern. Dies zusammen mit der geringen Hoffnung auf baldigen Frieden und eine Rückkehr ins Heimatland erklärt, warum sich immer mehr Menschen dazu entschließen, ihre Flucht fortzusetzen und in Europa Asyl zu suchen.

Aufgrund dieser Situation werden in diesem Jahr von offizieller Seite mindestens 800.000 Flüchtlinge erwartet. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat bereits von Januar bis November 2015 knapp 965.000 neue Asylsuchende erfasst. Allerdings ist diese Zahl nur bedingt aussagekräftig. Die Angaben können sowohl

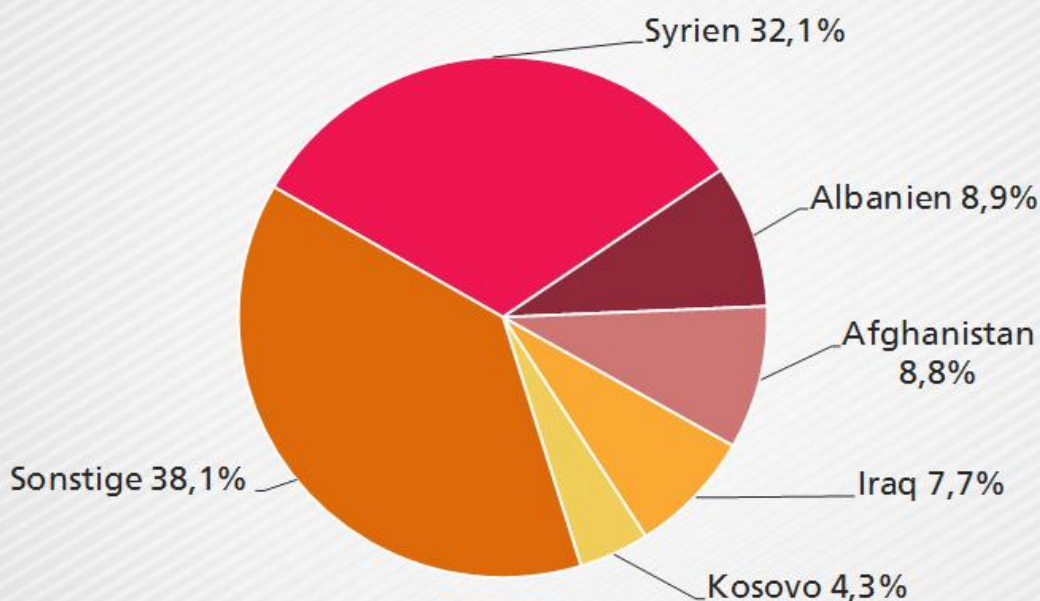
nach unten als auch nach oben abweichen, da nicht alle korrekt erfasst werden und auch nicht alle in Deutschland Asyl beantragen und bleiben werden. Bis Oktober dieses Jahres wurden insgesamt 362.000 Asylanträge gestellt.

Die Flüchtlinge kommen inzwischen überwiegend aus Kriegs- und Krisengebieten. Zuletzt kam fast die Hälfte allein aus Syrien. Ein Ende des Krieges in Syrien ist nicht in Sicht. Deshalb dürfte sich der Zuzug auch im nächsten Jahr kaum abschwächen. Wir konzentrieren uns hier auf Fragen der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Auswirkungen. Weitergehendes siehe im Beschluss „Flüchtlingspolitik gerecht und solidarisch gestalten, gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern“ des DGB-Bundesvorstands vom 2.12.2015.

Entscheidend für eine schnelle und erfolgreiche Integration von Flüchtlingen ist der Zugang

Flüchtlingszahlen Januar - Oktober 2015

Insgesamt wurden 2015 von Januar bis Oktober 758.473 Flüchtlinge registriert.



zu Arbeit. Für die Arbeitsmarktchancen ist wiederum die Frage nach der schulischen und beruflichen Qualifikation der Flüchtenden von größter Bedeutung. Dazu gibt es aber keine genauen Angaben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhebt die Qualifikation nur auf Grund freiwilliger Selbstauskünfte. Die Daten sprechen dafür, dass die *berufliche* Qualifikation der Flüchtlinge geringer ist als die der schon hier lebenden Ausländer.

Allerdings muss bei der Bewertung auch das Alter der Flüchtlinge berücksichtigt werden. Letztes Jahr lag der Anteil der unter 35-jährigen Asylersantragsteller bei 81 Prozent und etwa 55 Prozent waren sogar jünger als 25 Jahre.

Mit einer zügigen Aus- und Weiterbildung haben diese jungen Menschen daher gute Chancen, Berufsqualifikationen zu erlangen oder zu verbessern. Wenn dies unterstützt wird, entsteht

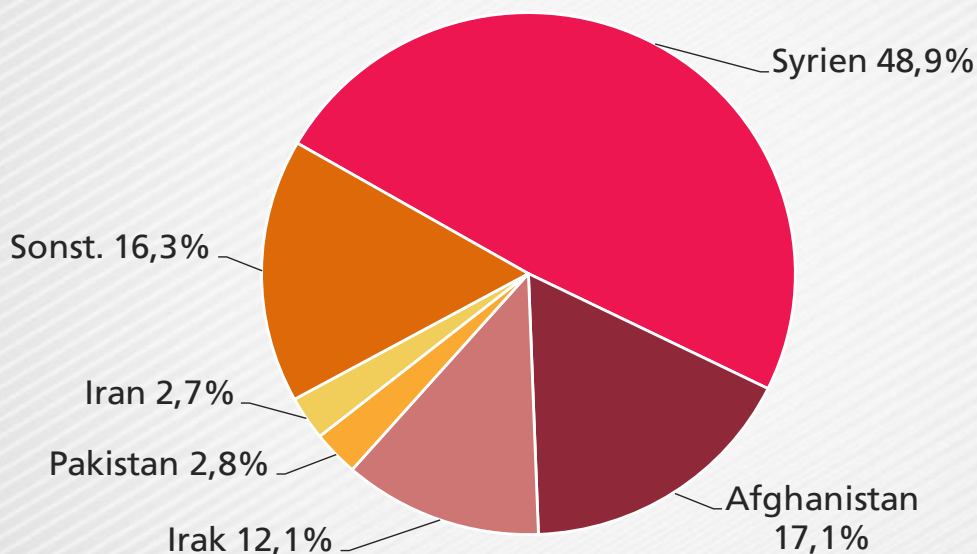
daraus ein erhebliches Nachwuchspotential für den deutschen Arbeitsmarkt. Hilfreich ist dabei, dass nach einer Befragung des BAMF 13 Prozent der Flüchtlinge eine Hochschule, 18 Prozent ein Gymnasium und 30 Prozent Sekundarschulen besucht hatten. „Das künftige Fachkräftepotential der Flüchtlinge wird erheblich von Investitionen in Bildung und Ausbildung abhängen. Angesichts des geringen Alters und der schulischen Voraussetzungen bestehen bei entsprechender Förderung erhebliche Qualifizierungspotenziale.“¹

» Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge ist in einem Alter, in dem sowohl die schulische wie die berufliche Qualifikation noch nicht abgeschlossen sind.

¹ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Aktuelle Berichte 14/2015, S. 6

Flüchtlingzzahlen Oktober 2015

Insgesamt wurden 2015 im Oktober 181.166 Flüchtlinge registriert.



Nur Kosten – oder lohnende Investition?

In der Flüchtlingsdebatte spielt die Frage der entstehenden Kosten eine zentrale Rolle. Nur: Genaues weiß man nicht. Dennoch lässt sich mit fundierten Abschätzungen etwas Klarheit verschaffen. Schätzungen, die lediglich die direkten Kosten für Flüchtlinge berücksichtigen, sind dabei jedoch falsch und irreführend. Sie berücksichtigen nicht, dass ein Großteil der Leistungen für Flüchtlinge unmittelbar wieder in die deutsche Wirtschaft fließt. Mittel- bis langfristig muss auch der Beitrag der Flüchtlinge zur Wirtschaftsleistung einbezogen werden.

Selbst unter Annahme hoher, aber wohl realistischer Zuwanderungszahlen lässt sich keine besorgniserregende Lage für die öffentlichen Haushalte erkennen – selbst wenn man zunächst nur die Kostenseite betrachtet.

Für Unterbringung, Versorgung und Integration entstehen nach aktuellen Berechnungen des DIW Kosten in Höhe von 12.000 Euro im Jahr pro Flüchtling. Das DIW unterstellt jeweils 1,5 Millionen Flüchtlinge für 2015 und 2016. Dann ergibt sich eine Summe von 18 Milliarden Euro pro Jahr, die an unmittelbaren Kosten anfallen. Gleichzeitig erwartet Wolfgang Schäuble aufgrund der derzeit guten Wirtschaftslage für 2015 und 2016 Haushaltsüberschüsse von 22 bzw. 16 Milliarden Euro. Da hierbei bereits zusätzliche Ausgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen berücksichtigt sind, wären auf der Grundlage dieser Annahmen zunächst nicht einmal Steuererhöhungen oder zusätzliche Verschuldung notwendig.

Die Ausgaben für die Flüchtlinge sind aber nur die halbe Wahrheit. Denn ein Großteil fließt sofort wieder in die deutsche Wirtschaft zurück.

Geldleistungen an Flüchtlinge fließen „nahezu vollständig in den privaten Verbrauch“, betont auch der Sachverständigenrat (SVR) in seinem aktuellen Gutachten. Insofern wirken die Ausgaben für Flüchtlinge wie ein Konjunkturprogramm, das den privaten Verbrauch und damit die Wirtschaft „maßgeblich“ (SVR) stützt. Die gleiche Wirkung haben erhöhte öffentliche Bauinvestitionen, die dringend notwendigen zusätzlichen Wohnraum schaffen oder Sachleistungen, die für die Versorgung der Flüchtlinge aufgewendet werden.

Den wirtschaftlichen Gesamteffekt aus positiven und negativen Einflüssen der Flüchtlingsbewegung hat das DIW in einem Szenario für die nächsten 20 Jahre berechnet. Für die Jahre 2017 bis 2020 wird dabei mit einer abnehmenden Tendenz von jährlich 750.000 bis 500.000 Menschen gerechnet. Danach wird ein Ende der Flüchtlingsbewegung unterstellt.

„Es müssen keinerlei Leistungen für deutsche Bürger gekürzt oder gar Steuern erhöht werden, um die finanziellen Belastungen durch die Flüchtlinge zu bewältigen.“

Prof. Fratzscher, Chef des DIW im Handelsblatt vom 30.10./1.11.2015

Das Ergebnis: Selbst im pessimistischen Szenario, in dem unter anderem unterstellt wird, dass die Altersstruktur der Flüchtlinge ungünstig ist, sie nur sehr langsam in den Arbeitsmarkt integriert werden und ihre Arbeitsproduktivität sich schlecht entwickelt, überwiegen bereits ab 2025 die positiven wirtschaftlichen Impulse. In einem optimistischen Szenario ist dies sogar schon ab 2017 der Fall.

Andere Effekte sind da noch gar nicht berücksichtigt. Bis vor wenigen Monaten ist die

Bundesregierung noch davon ausgegangen, dass die Zahl der Erwerbstätigen in den nächsten zehn Jahren um rund 4,5 Millionen schrumpfen wird. Die Finanzierung der immer größer werdenden Zahl von Rentnerinnen und Rentnern werde daher zunehmende Belastungen bedeuten. Mit dieser Begründung wurde eine kontinuierliche Absenkung des Rentenniveaus bis 2030 durchgesetzt. Tatsächlich ermöglicht es die steigende Produktivität ohnehin ein stabiles Rentenniveau und gleichmäßig wachsende Einkommen zu gewährleisten, wenn die Zuwächse sozial gerecht verteilt werden. Doch nun wird die Argumentation der Neoliberalen noch schwächer: Über 70 Prozent der Asylbewerber des Jahres 2014 waren unter 30 Jahren. Gelingt die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft wie in den Arbeitsmarkt, würde sich das positiv auf die Rentenkassen und damit auf alle zukünftigen Renten auswirken.

Die zentrale Frage ist damit nicht, *ob* die Flüchtlinge sich langfristig positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auswirken können, sondern lediglich *wie schnell* dies geschieht. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass alles für eine schnelle Integration der Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt getan wird. Gewinner einer gelungenen Integration wären nicht nur die Flüchtlinge, Gewinner wäre die ganze Gesellschaft.

Überforderte Kommunen

Eine erfolgreiche Integration entscheidet sich vor Ort in den Kommunen. Diese sind aber seit vielen Jahren strukturell unterfinanziert. Die Einnahmen bleiben seit über einem Jahrzehnt weit hinter den wachsenden Aufgaben zurück.

Hauptursache dafür ist eine verfehlte neoliberale Politik der finanziellen Austrocknung des Sozialstaats durch Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen. Deshalb brauchen vor allem die Kommunen massive finanzielle Unterstützung.

Allerdings ist die Finanzlage der Städte und Gemeinden sehr unterschiedlich, geradezu gespalten. Die Kommunen in ihrer Gesamtheit weisen aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung seit 2011 einen geringen Haushaltsüberschuss auf. Gleichzeitig steigen aber die Kassenkredite, mit denen Kommunen Defizite kurzfristig überbrücken, weiter an. Mehr als die Hälfte der Kommunen verzeichnen ein Defizit, mit zuletzt wieder steigender Tendenz. Besonders betroffen sind Kommunen in NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen. Schwierig ist die Lage auch in den Stadtstaaten Berlin, Bremen, Hamburg.

Kommunen in strukturschwachen Regionen mit schlechter Wirtschaftsentwicklung und hoher Arbeitslosigkeit verarmen zunehmend. Sie sind kaum noch in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Viele dieser Kommunen befinden sich in einer Haushaltsnotlage. Ausgaben für Investitionen, Kultur, Freizeitanlagen, Sport und Jugendarbeit wurden massiv gekürzt, die Lebensqualität und Leistungsfähigkeit dieser Kommunen ist zunehmend beeinträchtigt. Gleichzeitig wurden Gebühren und Kommunalsteuern erhöht. Die finanzschwächeren Teile der Bevölkerung werden davon überproportional getroffen.

Die Kommunen, darunter viele ohnehin schon finanziell überforderte Städte, haben die Hauptlast der Aufnahme der Flüchtlinge zu tragen. Kurzfristig geht es vorrangig um Unterbringung und Betreuung, längerfristig um Integration. Trotz großartigen Engagements der Beschäftigten und vieler ehrenamtlich helfender Menschen sind die Kommunen vielfach überfordert.

In den Aufnahmestellen fehlen Räume und qualifiziertes Personal, Überstunden sind Dauerzustand, die psychische Belastung ist hoch. Die politisch Verantwortlichen haben die seit längerem zunehmenden Probleme zu lange ignoriert, zudem rächt sich jetzt der massive Personalabbau in vielen Kommunalverwaltungen.

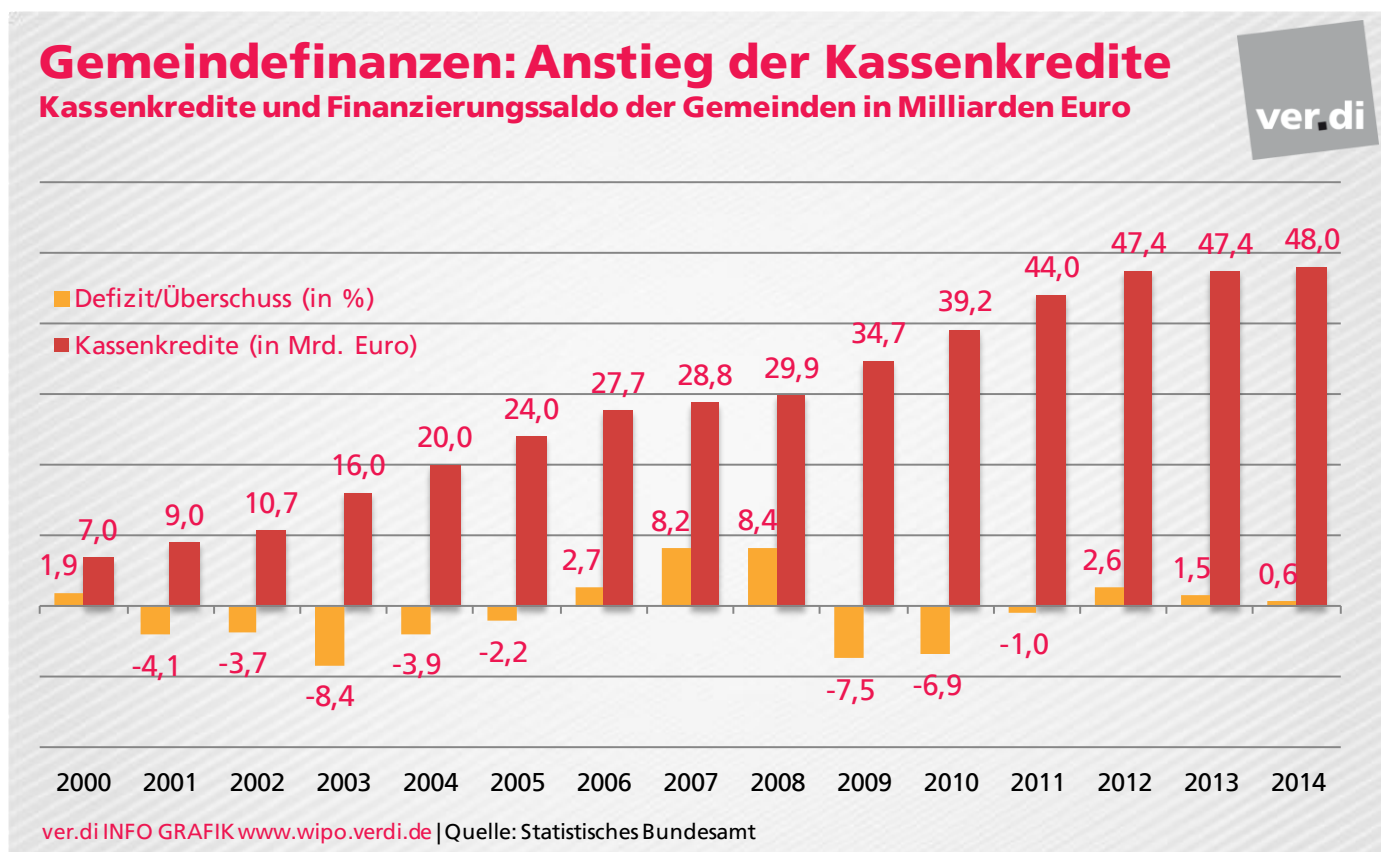
Nach einer Umfrage vom Oktober 2015 verfügten die Kommunen über Aufnahmekapazitäten für etwa 500.000 Flüchtlinge. Bei damals für 2015 erwarteten knapp 900.000 Flüchtlingen fehlten also bereits knapp 400.000 Unterbringungsplätze. Da die Zahl der ankommenden Flüchtlinge höher sein wird, fehlen tatsächlich noch mehr Plätze. Auch nächstes Jahr wird sich die Lage nicht ent-

spannen. Der Wohnungsmarkt in den Metropolen wird zusätzlich durch den Zuzug von Arbeitssuchenden aus EU-Staaten belastet.²

Im September 2015 haben Bund und Länder vereinbart, dass die Länder ab 2016 je Flüchtling und Monat einen festen Betrag von 670 Euro monatlich erhalten. Dies reicht nicht aus. Notwendig wären nach Angaben der Länder etwa 1.000 Euro je Monat und Flüchtling. Zudem ist unklar, in welchem Umfang die Länder das Geld an die Kommunen weiterleiten, weil es dazu keine Verpflichtungen gibt. Weitergehende Kosten etwa der Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, für Sprach- und Integrationskurse, für zusätzliche Plätze und Integrationsauf-

» **Andere ohnehin sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen dürfen nicht die Leidtragenden sein.**

² Vgl. Flüchtlingszustrom: Herausforderungen für deutsche Kommune, Ernst & Young, November 2015



gaben in Kindertageseinrichtungen und Schulen, für Gesundheitsdienstleistungen und für die notwendige Wohnungsbauförderung sind dabei nicht oder nur unzureichend berücksichtigt.

Entscheidend ist, dass die Bewältigung und Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben nicht zu Lasten anderer öffentlicher und sozialer Leistungen oder des Personals erfolgt. Es müssen daher in ausreichendem Umfang zusätzliche Kapazitäten geschaffen und Neueinstellungen vorgenommen werden: in den Verwaltungen, in Kitas und Schulen, in der Jugendhilfe, bei Sozialdiensten usw. Wir brauchen insgesamt eine Abkehr von der Kürzungspolitik, wir brauchen wieder mehr Personal im öffentlichen Dienst.

Es muss neuer sozial gebundener Wohnraum geschaffen werden um die Flüchtlinge in Wohnungen - und nicht länger als unvermeidbar in Notunterkünften - unterbringen zu können und zugleich eine Verdrängung und wachsende Belastung anderer finanzschwacher Mieter zu vermeiden.

Die Finanzierung der mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen verbundenen Kosten muss in vollem Umfang vom Bund übernommen und von den Ländern an die Kommunen weitergereicht werden. Insgesamt muss die Finanzausstattung der finanzschwachen und hoch verschuldeten Städte und Gemeinden dauerhaft gestärkt werden. Das erfordert eine solidarische Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und dauerhaft höhere und gerecht erhobene öffentliche Einnahmen, wie sie das ver.di-Konzept Steuergerechtigkeit fordert.³ Dies würde auch den notwendigen Handlungsspielraum für dringend nötige Investitionen schaffen.

³ Mehr dazu: ver.di-Bundesvorstand: Solidarisch und gleichwertig – zur Zukunft des Länderfinanzausgleichs, 2015

Mindestlohn ohne Wenn und Aber

Flüchtlinge dürfen nicht als Vorwand missbraucht werden, Arbeitnehmerrechte und soziale Standards abzusenken oder zu unterlaufen. Für die eingeschworenen Gegner des Mindestlohns kommt die Flüchtlingsbewegung offensichtlich gerade recht, um neue Argumente gegen den Mindestlohn ins Feld zu führen. Bislang hat die Entwicklung nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1.1.2015 gezeigt, dass statt prognostizierter negativer nur positive Effekte zu beobachten sind. Dies hindert den prominentesten bekennenden Mindestlohngegner, den Münchener Ökonomen Hans-Werner Sinn, allerdings nicht, nun mit Verweis auf die Flüchtlingsproblematik seine Forderung nach Abschaffung des Mindestlohns neu aufzutischen.

Der Sachverständigenrat für Wirtschaft geht in seinem aktuellen Jahresgutachten zwar nicht ganz so weit, fordert aber auch eine massive Aufweichung des Mindestlohngesetzes: Unter anderem soll die Ausnahmeregelung für Langzeitarbeitslose von sechs auf zwölf Monate ausgeweitet, gleichzeitig alle Flüchtlinge als langzeitarbeitslos betrachtet werden. Auch wenn dies mit der Flüchtlingsproblematik gar nichts direkt zu tun hat, empfiehlt er den Mindestlohn keinesfalls 2017 anzuheben, vielmehr sogar über eine Absenkung nachzudenken. Nebenbei sollen auch alle Praktika bis zu einer Dauer von zwölf Monaten vom Mindestlohn ausgenommen werden.

» Alle Maßnahmen zur Aufweichung des Mindestlohns mit Verweis auf die Flüchtlingsproblematik sind abzulehnen.

zeitarbeitslose von sechs auf zwölf Monate ausgeweitet, gleichzeitig

Die Vergangenheit hat aber gezeigt, dass existenzsichernde Löhne keineswegs zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen. Über den Nachfrageeffekt sichern sie im Gegenteil Arbeitsplätze. Neue Ausnahmen vom Mindestlohn würden dagegen dem Missbrauch Tür und Tor öffnen. Stammbeschafteten gerade in unteren Lohngruppen drohen dann wie in der Vergangenheit durch Billiglöhner verdrängt zu werden. Damit könnte das gesamte Lohngefüge wieder nach unten abrutschen.

Integration ist machbar...

In der Flüchtlingshilfe müssen jetzt langfristige und tragbare Strukturen aufgebaut werden. Das erfordert mehr Geld und Personal für geeignete Unterkünfte, Verpflegung, Gesundheit, psychosoziale Betreuung und Integration. Wenn dieser notwendige Ausbau der Flüchtlingshilfe nicht zu Lasten anderer Bereiche der Daseinsvorsorge gehen soll, muss die öffentliche Hand mehr in Bildung, Arbeitsmarktpolitik und sozialen Wohnungsbau investieren.

Jeder Euro, der jetzt in die Bildung und Qualifikation der Flüchtlinge investiert wird, zahlt sich in Zukunft mehrfach aus. Frühe Bildungs- und Qualifikationsinvestitionen erhöhen nicht nur den Beitrag der neuen Bürgerinnen und Bürger zur Wirtschaftsleistung. Sie vermeiden auch hohe gesellschaftliche Folgekosten (Langzeitarbeitslosigkeit, psychische Erkrankungen, Kriminalität etc.).

Die abhängige Beschäftigung der ausländischen Bevölkerung ist im Vorjahresvergleich um rund 290.000 Personen gestiegen. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) rechnet im nächsten Jahr bei einer Million Flüchtlingen

mit zusätzlichen 340.000 Personen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Bis zum Jahr 2017 beläuft sich dieser Anstieg des Arbeitskräfteangebots auf voraussichtlich 610.000 Personen.

Aufgrund einer langsamen Arbeitsmarktintegration geht das IAB davon aus, dass im nächsten Jahr die Zahl der arbeitslosen Flüchtlinge um 130.000 Personen steigen wird. Die resultierenden Sozialleistungen umfassen rund 1,3 Milliarden Euro im Jahr. Das entspricht vier Prozent der bisherigen Ausgaben für Erwerbslose. Bei 1,5 Millionen Flüchtlingen rechnet das IAB mit 200.000 zusätzlichen Erwerbslosen, was etwa zwei Milliarden Euro Sozialleistungen entsprechen würde. Mit jedem arbeitssuchenden Flüchtling, der erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden kann, sinken diese Kosten. Gute Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Kenntnis der deutschen Sprache ist dafür zentral. Aktuell reicht das Sprachkursangebot jedoch nicht aus. Deswegen brauchen wir deutlich mehr Sprachkurse für Flüchtlinge. Gleiches gilt für das Angebot an Qualifizierungs- und Integrationskursen.

Von einer Million Flüchtlingen sind 174.000 schulpflichtige Kinder. Ein Schulplatz kostet inklusive Fördermaßnahmen jährlich bis zu 7.900 Euro. Das macht insgesamt 1,4 Milliarden Euro im Jahr. Dies entspricht 2,3 Prozent aller Schulausgaben. Doch damit nicht genug: Jeder fünfte Flüchtling ist zwischen 18 und 24 Jahre alt. Diese ausländischen Jugendlichen müssen in der Regel schulisch und beruflich qualifiziert werden. Ein Vollzeitplatz an einer Berufsschule kostet rund 7.000 Euro im Jahr. Bei 222.000 jugendlichen Flüchtlingen belaufen sich somit die Kosten auf

eine überschaubare Summe von 1,6 Mrd. Euro im Jahr.

Alle verfügbaren arbeitsmarktpolitischen Instrumente müssen genutzt werden, um erwerbsfähige Flüchtlinge schnell in Arbeit zu bringen.

Der Erfolg und die Geschwindigkeit der Arbeitsmarktintegration

» Wer arbeitet, trägt zur Wirtschaftsleistung bei und zahlt Steuern und Sozialbeiträge.

werden maßgeblich von der Länge der Asylverfahren, der Sprachförderung, den Investitionen in Bildung und Ausbildung und der Arbeitsvermittlung abhängen. In den vergangenen Jahrzehnten waren fünf Jahre nach dem Zuzug rund 50 Prozent der Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig, nach zehn Jahren gut 60 Prozent und nach 15 Jahren rund 70 Prozent.

Die Flüchtlinge brauchen bezahlbaren Wohnraum. Spätestens nach drei Monaten sollen Asylbewerber außerhalb der Notunterkünfte und Erstaufnahmestellen untergebracht werden. Die Versorgung der Flüchtlinge mit billigen Wohnungen darf jedoch nicht zulasten sozial schwacher Bevölkerungsgruppen gehen. Die Lage war auf vielen großstädtischen Wohnungsmärkten bereits vor der unerwartet hohen Zuwanderung von Flüchtlingen äußerst angespannt. In den fünf größten Metropolen fehlen 160.000 Wohnungen. Bundesweit beläuft sich das Defizit mittlerweile sogar auf 800.000 Wohnungen – Tendenz steigend.

Kurzfristig ist daher eine stärkere Wohnraumlösung erforderlich. Leere und unterbelegte Räume müssen erfasst und umverteilt werden. Die Stadt Hamburg hat bereits ein Gesetz verabschiedet, nach dem Behörden ungenutzte Grundstücke und Gebäude sicherstellen dürfen, sofern vorhandene Flüchtlingsunterkünfte nicht über

ausreichend Platz verfügen. So können sozial benachteiligte Menschen, darunter auch Flüchtlinge, in Zeiten knappen Wohnraums untergebracht werden.

Darüber hinaus muss der soziale Wohnungsbau massiv aufgestockt werden. In den letzten Jahren ist die Zahl der Sozialwohnungen sogar geschrumpft. Jedes Jahr fielen mehr Wohnungen aus der Belegungsbindung heraus als neue hinzukamen. Dieser Negativtrend muss gestoppt werden. Um für eine Million Menschen sozial geförderten Wohnraum zu schaffen, müssten 400.000 neue Sozialwohnungen gebaut werden. Das kostet die Steuerzahler fast 10 Milliarden Euro oder drei Jahre lang – bis zur Fertigstellung – mehr als drei Milliarden Euro pro Jahr. So entstehen Wohnungen, die später nicht nur für Flüchtlinge da sind. Zudem erfordert dies viele zusätzliche Arbeitskräfte, so dass hier gleichzeitig ein hoher Bedarf an Arbeitskräften aller Qualifikationen entsteht.

... aber nicht zum Nulltarif

Insgesamt beziffern Experten die Integrationskosten auf 10 bis 20 Milliarden Euro jährlich. Die finanziellen Lasten der Zuwanderung tragen in erster Linie Länder und Kommunen. Bisher wurden ihnen vom Bund zusätzliche drei Milliarden Euro zugesagt. Letztes Jahr lag das Budget für die Flüchtlingshilfe bei knapp zwei Milliarden Euro. Im laufenden Jahr sollen die bundesweiten Ausgaben für Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Asylbewerberinnen auf fünf bis acht Milliarden Euro steigen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation hat der Bund für 2016 zusätzliche 10 Milliarden Euro eingeplant.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass wegen der guten Wirtschaftslage und der sprudelnden Steuerein-

nahmen in diesem und im nächsten Jahr trotz einwande-

rungsbedingter Integrationskosten weder neue Schulden gemacht noch Steuern erhöht werden müssen. Falls doch zusätzliche Finanzierungsbedarfe auftreten oder die Wirtschaftslage sich verschlechtert, bieten sich selbst unter der Schuldenbremse noch Verschuldungsspielräume, die genutzt werden können.

Grundsätzlich ist jedoch eine Stärkung der Finanzen des Sozialstaats durch höhere Einnahmen und mehr Steuergerechtigkeit erforderlich. So können öffentliche und soziale Dienstleistun-

» Die zusätzlichen finanziellen Belastungen sind tragbar. Die gute wirtschaftliche Lage lässt die Steuereinnahmen sprudeln.

gen und Hilfen bedarfsgerecht ausgebaut und hunderttausende zusätzliche gute und sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies war auch schon vor der erhöhten Zuwanderung von Flüchtlingen überfällig und gilt jetzt umso mehr. Durch höhere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, hoher Einkommen und finanzstarker Unternehmen sowie verstärkte Maßnahmen gegen Steuerflucht und -betrug können bis zu 80 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich aufgebracht werden. Zugleich kann die Mehrheit der Beschäftigten finanziell sogar noch entlastet werden.⁴

⁴ Mehr dazu: ver.di-Bundesvorstand: ver.di Konzept Steuergerechtigkeit Aktualisierung, Wirtschaftspolitische Informationen 1/2014; und ver.di Bundesvorstand: Fair teilen! Höhere Löhne. Steuergerechtigkeit, Sozialstaat stärken, 2013

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Bsirske
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer; Christian Möstl (Praktikant), Michael Nagel (Praktikant), Dr. Norbert Reuter, Anita Weber
Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de